



Deutscher Bundestag

---

## Ausschüsse

---

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

---

Aus der Ausschussarbeit

Der Ausschuss stellt sich vor

Öffentliche Anhörungen

Tagesordnungen

Beschlussempfehlungen und Berichte

## Delegationsreisen 19. Wahlperiode

### Archiv

---

#### Berichterstattung aus Ausschuss und Plenum

## Vereinbarung zur Finanzierung der Bahninfrastruktur kritisch beleuchtet

Experten haben sich in einer öffentlichen Anhörung des **Verkehrsausschusses** unter Vorsitz von **Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen)** am **Mittwoch, 16. Oktober 2019**, zum Entwurf für eine **Dritte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV III) zwischen dem Bund und der Deutschen Bahn AG (DB AG)** zur Instandhaltung der Eisenbahn-Infrastruktur sowie zu Anträgen der AfD ([☐ 19/11123](#)), der FDP ([☐ 19/11110](#)) und von Bündnis 90/Die Grünen ([☐ 19/10638](#)) geäußert. Mit der LuFV III sollen im Zeitraum von 2020 bis 2029 insgesamt 86,2 Milliarden Euro für Instandhaltung zur Verfügung stehen. Davon entfallen 62 Milliarden auf den Bund, was eine Steigerung gegenüber der 2019 auslaufenden LuFV II um 59 Prozent darstellt. Die DB AG soll Eigenmittel in Höhe von 24,2 Milliarden Euro beisteuern, 41 Prozent mehr als nach der laufenden Vereinbarung.

### „Es gibt Fehlanreize“

Die Idee der erstmals im Jahr 2009 mit fünfjähriger Laufzeit aufgelegten LuFV sei es gewesen, der Bahn Spielräume zu gewähren, statt jeweils nur Einzelmaßnahmen zu finanzieren, sagte **Romy Moebus** vom **Bundesrechnungshof (BRH)**. Die vereinbarten Qualitätskennzahlen zur Erfolgskontrolle der Maßnahmen hätten

allerdings in der Vergangenheit den Zustand der Bahn nicht in Gänze abgebildet, kritisierte sie. Allein die immer stärker anwachsenden Nachholbedarfe zeigten, dass die Kennzahlen die Situation deutlich positiver darstellten als sie tatsächlich sei.

Auch gebe es Fehlanreize, da der Bund der Bahn Mittel für Ersatzinvestitionen gebe, während die Instandhaltung aus den Eigenmitteln der Bahn finanziert werden müsse. So gebe es den Anreiz für die Bahn, Anlagen, statt sie instand zu halten, verrotten zu lassen, bis der Bund die benötigten Ersatzinvestitionen tätigt. Dieses Problem gebe es auch bei der LuFV III, so die BRH-Vertreterin, die zugleich bemängelte, dass es während der vereinbarten zehnjährigen Laufzeit keine Möglichkeiten der Nachsteuerung etwa durch den Bundestag gebe.

### „Altersverfall der Infrastruktur stoppen“

Nach Aussage von **Alexander Kirchner** von der **Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft** gibt es derzeit einen Instandhaltungsrückstau von 65,6 Milliarden Euro bei der DB Netz AG und der DB Station&Service AG. Um den Altersverfall der Infrastruktur zu stoppen, müssten jährlich 6,7 Milliarden Euro aufgewendet werden, sagte Kirchner. Die LuFV sehe aber nur einen Betrag von 5,8 Milliarden Euro vor. Damit wachse der Rückstau aber weiter.

Kritik übte Kirchner auch an dem geplanten Anstieg der von der Bahn zu erbringenden Eigenmittel. Dies führe zu einem Renditedruck bei der DB AG und erschwere es, beispielsweise neue Züge anzuschaffen.

### „Jahrzehntelanger Investitionsstau“

**Dirk Flege** vom **Verein Allianz pro Schiene** benannte ebenfalls das Problem der Fehlanreize. In seinem Verein organisierte Gleisbaufirmen würden punktuell den Eindruck bestätigen, die Bahn lasse Gleisanlagen bewusst verrotten, um die Ersatzinvestitionen durch den Bund zahlen zu lassen. Für den unbefriedigenden Zustand des Schienennetzes sei nicht allein die LuFV verantwortlich zu machen, betonte er. Vielmehr habe es einen jahrzehntelangen Investitionsstau gegeben.

Wie viel Geld benötigt werde, um zu einer deutlichen Verbesserung zu gelangen, könne er nicht genau sagen. Das habe damit zu tun, dass die vom Bund und der Bahn erstellten Gutachten nicht veröffentlicht würden. Höchst bedenklich ist aus seiner Sicht auch die Entstehung der LuFV, die zwischen Bundesregierung und Bahn ausgehandelt werde und die der Bundestag nur in Gänze abnicken könne.

### „Kennzahlerreichung in die Bonussysteme einarbeiten“

**Prof. Dr. Christian Böttger** von der **Hochschule für Technik und Wirtschaft** in Berlin hält die in der LuFV vereinbarten Kennzahlen für nicht präzise genug. Es stelle sich zudem die Frage, was passieren soll, wenn die Bahn die Vereinbarungen nicht einhalte.

Nehme man dem Unternehmen dann Geld weg, stehe dennoch der Bund in der Verantwortung, eine funktionierende Bahn-Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Denkbar wäre, diese Kennzahlerreichung in die Bonussysteme des Managements einzuarbeiten, sagte Böttger.

### „Schritt in die richtige Richtung“

Als einen Schritt in die richtige Richtung bewertete hingegen der **Wirtschaftsprüfer Dr. Joachim Dannenbaum** die in die LuFV eingefügten neuen Qualitätskennzahlen. Diese müssten jedoch laufend optimiert werden. Es brauche zudem eine gewisse Erfahrung im Umgang mit den Kennzahlen, ehe diese für eine Pönalisierung nutzbar seien, sagte Dannenbaum.

Dass in der LuFV III Geld für kundenfreundliches Bauen eingeplant sei, begrüßte **Dr. Martin Henke** vom **Verband Deutscher Verkehrsunternehmen**. Bislang habe die Bahn möglichst billig ihre Strecken saniert, was oft zu umfangreichen Streckenschließungen und Ersatzverkehren geführt habe. Jetzt sei Geld für Ersatzbrücken vorhanden.

„Wir tun hier deutlich mehr, als wir müssten“

**Frank Sennhenn, Vorstandsvorsitzender der DB Netz AG**, wies den Vorwurf zurück, bei Instandhaltungsmaßnahmen zu sparen, um später Ersatzbauten vom Bund finanziert zu bekommen. „Wir tun hier deutlich mehr, als wir müssten“, sagte Sennhenn.

Aus Sicht von **Gerald Hörster, Präsident des Eisenbahn-Bundesamtes**, stellt die LuFV III einen geeigneten Weg dar, eine positive und stabile Entwicklung des Bestandsnetzes über die nächsten zehn Jahre zu gewährleisten. Anders als der Bundesrechnungshof sprach er sich gegen die Möglichkeit der Sperrung der Mittel innerhalb der Laufzeit aus. Hätte die DB AG nur zwei Jahre Sicherheit bezüglich der Höhe der nach der LuFV bereitgestellten Bundesmittel, könnte dies zu erheblichen Problemen bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen führen, gab er zu bedenken.

## Antrag der AfD

Die AfD-Fraktion in ihrem Antrag, die Bahninfrastruktur in Deutschland nachhaltig zu verbessern die die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes zur Bahninfrastrukturfinanzierung im Rahmen der zwischen Bund und Bahn geschlossenen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zu beachten ( [☐ 19/11123](#)) zu beachten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vom Bundesrechnungshof identifizierten Schwachstellen der Bahninfrastrukturfinanzierung beseitigen. Der Empfehlung des Rechnungshofes, damit nicht bis zum Jahr 2025 zu warten, sei nachzukommen, heißt es in der Vorlage. Verbesserungen müssten bereits mit der anstehenden LuFV III umgesetzt werden.

Insoweit durchgreifende Verbesserungen mit der Systematik der LuFV nicht erreichbar seien, „ist das System der Bahninfrastrukturfinanzierung insgesamt umzustellen“, schreibt die Fraktion. Wenn dafür mehr Zeit benötigt werde, sollte die Geltungsdauer der LuFV II entsprechend verlängert werden, „damit der Bund ein mit Schwächen behaftetes System nicht einfach für die nächsten fünf Jahre oder gar länger fortschreibt“.

## „Schwachstellen in der Systematik der LuFV“

Zu den vom Bundesrechnungshof aufgezeigten Schwachstellen in der Systematik der LuFV gehört laut AfD-Fraktion die unzureichende Information über den Zustand der Eisenbahninfrastruktur. Derzeit signalisierten die vereinbarten Qualitätskennzahlen eine Verbesserung des Zustands der Eisenbahninfrastruktur, „während in der Realität eine eher negative Entwicklung zu beobachten ist“. Mangels entsprechender Informationen könne der Bund weder den Mittelbedarf präzise bemessen noch den Einsatz der Bundesmittel zielgerichtet steuern.

Der Bundesrechnungshof habe auch die fehlende Kontrolle der wirtschaftlichen Mittelverwendung kritisiert, schreibt die AfD. Eine entsprechende Prüfung durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sehe die LuFV nicht vor, wird bemängelt. Kritisiert würden auch Fehlanreize, die dazu führen könnten, „dass die Instandhaltung vernachlässigt wird“. So trügen die Eisenbahninfrastrukturunternehmen laut LuFV die Kosten für die laufende Instandhaltung der Eisenbahninfrastruktur, während der Bund ausschließlich Ersatzinvestitionen finanziere. Dies könne bei den Unternehmen zu dem Fehlanreiz führen, die Instandhaltung zu vernachlässigen und stattdessen vorzeitige Ersatzinvestitionen mit Bundesmitteln zu finanzieren.

## Antrag der FDP

Die FDP-Fraktion stellt in ihrem Antrag ( [□ 19/11110](#)) mehrere Forderungen an die Bundesregierung im Zusammenhang mit den aktuellen Verhandlungen zur LuFV III zwischen der Deutschen Bahn AG und dem Bund über Zahlungen des Bundes für Ersatzinvestitionen in das Bestandsnetz der Bahn. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die sanktionsbewehrten Qualitätskennzeichen durch das vom Bundesrechnungshof geforderte Kriterium Gleislage und durch zusätzliche Kriterien weiterzuentwickeln. Im Vertrag sollen sie so umgesetzt werden, dass sie einen detaillierten Zustandsbericht der gesamten Eisenbahninfrastruktur des Bundes wiedergeben, einschließlich des Nachholbedarfs für Ersatzinvestitionen.

Außerdem verlangen die Liberalen, die im Bundesverkehrswegeplan identifizierten Knotenpunkte aufgrund ihrer überproportionalen Inanspruchnahme als Sanierungsgegenstand in die Vereinbarung mit aufzunehmen. Zudem müssten die eingesetzten Bundesmittel regelmäßig auf ihre Wirtschaftlichkeit während der Laufzeit der LuFV III hin überprüft werden. Die Finanzierungslasten bei Instandsetzung und Ersatzinvestitionen müssen aus Sicht der FDP-Fraktion so gestaltet werden, „dass die Fehlanreize zur Vernachlässigung der Instandsetzung beendet werden“. Damit die Motivation des Vertragspartners zum effektiven Einsatz der Bundesmittel erhöht werde, müssten die Sanktionen greifen.

## Fehlanreize befürchtet

Zur Begründung heißt es, der Bundesrechnungshof habe zum Ausdruck gebracht, dass er in der Vergangenheit bereits mehrfach Schwachstellen in der LuFV identifiziert und der Bundesregierung empfohlen habe, diese im Rahmen der laufenden Verhandlungen zur LuFV III abzustellen. So stellten die bisher sanktionsbewehrten Qualitätskennzahlen „theoretischer Fahrzeitverlust“ und „Anzahl Infrastrukturmängel“ nur unzureichend den Zustand der Infrastruktur dar.

Diese ließen weder erkennen, in welchem konkreten Zustand sich das als mängelfrei gekennzeichnete Netz befindet noch welcher Art der konkrete Infrastrukturmangel sei. Das könne zu Fehlanreizen führen, indem die leicht zu bewerkstelligen Mängel behoben werden, „obwohl andere Maßnahmen deutlich dringlicher zur langfristigen Qualitätssicherung wären“, was zu einem weiteren Anstieg des Bedarfs für Instandhaltung und Ersatzinvestitionen führen könne, schreibt die Fraktion.

## Antrag der Grünen

„Gute Schienenwege braucht das Land – Erhaltung des Schienennetzes bedarfsgerecht finanzieren“ lautet der Titel eines Antrags der Grünen“ ( [□ 19/10638](#)), in dem die Fraktion fordert, dafür zu sorgen, dass die vom Bund und der Deutschen Bahn AG beauftragten Gutachten zum Sanierungsrückstand und künftigen Bedarf für Ersatzinvestitionen im Bestandsnetz veröffentlicht werden, um auf dieser Basis den Zustand des deutschen Schienennetzes beurteilen

zu können. Außerdem müsse die Mittelausstattung der LuFV III zwischen Bund und Bahn auf Basis des gutachterlich erkannten Sanierungsrückstands sowie Erhaltungsbedarfs der Eisenbahninfrastruktur festgelegt werden. Maßgabe müsse sein, „dass der Sanierungsrückstand im Streckennetz der Deutschen Bahn innerhalb der Laufzeit der LuFV III zu großen Teilen beseitigt werden kann“.

In der Praxis zeigen sich nach Auffassung der Abgeordneten auch nach zwei LuFV-Perioden „gravierende Mängel“. Zuletzt habe der Bundesrechnungshof die unzureichenden Informationen über den Netzzustand, fehlende Kontrolle der Mittelverwendung, Fehlanreize bei der Instandhaltung, mangelnde Wirksamkeit der Sanktionen sowie die fehlende Erfolgskontrolle angeprangert.

### „Schwächen der LuFV abstellen“

Aus Sicht der Grünen müssen insbesondere die Fehlanreize in Bezug auf die Mittelverwendung für Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen abgestellt werden. Im Moment sei die LuFV so „gestrickt“, dass es für die Deutsche Bahn wirtschaftlicher sei, „Infrastrukturteile verfallen zu lassen, bis eine komplette Ersatzinvestition notwendig ist“, da die Erhaltung von der Deutschen Bahn AG aus deren Eigenmitteln bestritten werden müsste, die Ersatzinvestition jedoch aus Steuermitteln finanziert würde. In der Folge werde die Infrastruktur in Teilen „auf Verschleiß“ gefahren, kritisieren die Abgeordneten.

Die derzeit gültige LuFV II laufe Ende 2019 aus, weshalb Bund und Bahn Ende 2018 Verhandlungen über die LuFV III aufgenommen hätten, schreibt die Fraktion. Damit bestehe die Möglichkeit, die Schwächen der LuFV abzustellen. „Der Bund muss seiner Verantwortung als Alleineigentümer der Deutschen Bahn AG endlich gerecht werden und seine Eisenbahninfrastrukturunternehmen mit entsprechenden Zielvorgaben steuern“, fordern die Grünen.  
(hau/16.10.2019)

### Liste der geladenen Sachverständigen

- **Prof. Dr. Christian Böttger**, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
- **Dr. Joachim Dannenbaum**, Wirtschaftsprüfer, Mazars GmbH & Co. KG
- **Dirk Flege**, Allianz pro Schiene e. V.
- **Dr. Martin Henke**, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)
- **Gerald Hörster**, Präsident des Eisenbahn-Bundesamtes
- **Alexander Kirchner**, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
- **Romy Moebus**, Bundesrechnungshof
- **Frank Sennhenn**, DB Netz AG
- **N.N.**



---

### Kurzmeldungen - „heute im bundestag“

24.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Elektrifizierung des Schienenverkehrs

24.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Grüne: "MobilPass" einführen

24.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Deutsch-französische Videokonferenz

23.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Weg frei für Mopedführerschein ab 15

23.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Investitionslinie beim Bedarfsplan Schiene

23.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Infrastrukturmaßnahmen im Schienennetz

23.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Korrekturbitten des BMVI im April 2019

23.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Zugausfälle in der Oberpfalz

23.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Keine Autobahnsperren wegen Hitze

23.10.2019

**Verkehr und digitale Infrastruktur**

Keine Kostenunterdeckung im SPNV

---

43 Mitglieder

## Stellv. Mitglieder



Cem Özdemir  
© DBT/ Thomas Trutschel

Özdemir, Cem  
Bündnis 90/Die Grünen  
Vorsitzender  
Ordentliche Mitglieder



Daniela Kluckert  
© Deutscher Bundestag/ Inga Haar

Kluckert, Daniela  
FDP  
Stellv. Vorsitzende



Manfred Behrens  
© DBT/Achim Melde

Behrens (Börde), Manfred  
CDU/CSU



Veronika Bellmann  
© Veronika Bellmann/ Thomas Köhler, Photothek Berlin

Bellmann, Veronika  
CDU/CSU



Michael Donth  
© Michael Donth/ Jan Kopetzky

Donth, Michael  
CDU/CSU



Karl Holmeier  
© Karl Holmeier/ Foto-Wagner Furth im Wald

Holmeier, Karl  
CDU/CSU



Thomas Jarzombek  
© Thomas Jarzombek/ Tobias Koch

Jarzombek, Thomas  
CDU/CSU



© Florian Oßner / Foto Pleyer

Oßner, Florian  
CDU/CSU



Dr. Christoph Ploß  
© Dr. Christoph Ploß / Jens Oellermann

Ploß, Dr. Christoph  
CDU/CSU



Eckhard Pols  
© Eckhard Pols / Jörg Ahlfeld

Pols, Eckhard  
CDU/CSU



Alois Rainer  
© Alois Rainer/ Tobias Koch

Rainer, Alois  
CDU/CSU  
Obmann



© Patrick Schnieder/Jan Kopetzky

Schnieder, Patrick  
CDU/CSU



Felix Schreiner  
© Felix Schreiner/Jung von Matt

Schreiner, Felix  
CDU/CSU



Reinhold Sendker  
© DBT/ Thomas Koehler

Sendker, Reinhold  
CDU/CSU



Björn Simon  
© Björn Simon/Patrick Liste

Simon, Björn  
CDU/CSU



Gero Storjohann  
© Gero Storjohann/Laurence Chaperon

Storjohann, Gero  
CDU/CSU



Markus Uhl  
© Markus Uhl/Carsten Simon

Uhl, Markus  
CDU/CSU



Martin Burkert  
© DBT/ Inga Haar

Burkert, Martin  
SPD



Gustav Herzog  
© SPD-Parteivorstand/ Susie Knoll

Herzog, Gustav  
SPD



Arno Klare  
© SPD-Parteivorstand/ Benno Kraehahn

Klare, Arno  
SPD



Elvan Korkmaz-Emre  
© SPD-Parteivorstand/ Susie Knoll

Korkmaz-Emre, Elvan  
SPD



Kirsten Lühmann  
© SPD-Parteivorstand/ Benno Kraehahn

Lühmann, Kirsten  
SPD  
Obfrau



Detlef Müller  
© SPD-Parteivorstand/ Susie Knoll

Müller (Chemnitz), Detlef  
SPD



© Udo Schiefner/Leif Neugeborn

Schiefner, Udo  
SPD



Uwe Schmidt  
© SPD / Susie Knoll

Schmidt, Uwe  
SPD



Mathias Stein  
© DBT/ Thomas Trutschel

Stein, Mathias  
SPD



Matthias Büttner  
© Matthias Büttner/Marcel Auerswald

Büttner, Matthias  
AfD



Leif-Erik Holm  
© Leif-Erik Holm

Holm, Leif-Erik  
AfD



Frank Magnitz  
© Frank Magnitz/ Janina Buck

Magnitz, Frank  
AfD



Andreas Mrosek  
© DBT/ Julia Nowak

Mrosek, Andreas  
AfD



Dr. Dirk Spaniel  
© Dirk Spaniel / Photo Bergmeister

Spaniel, Dr. Dirk  
AfD  
Obmann



Wolfgang Wiehle  
© Fotodesign Kubinska & Hofmann GbR

Wiehle, Wolfgang  
AfD



Torsten Herbst  
© Torsten Herbst/ Karsten Prauße

Herbst, Torsten  
FDP  
Obmann



Dr. Christian Jung  
© Dr. Christian Jung / Frank Ossenbrink

Jung, Dr. Christian  
FDP



Oliver Luksic  
© FDP Oliver Luksic/Frank Nuernberger

Luksic, Oliver  
FDP



Bernd Reuther  
© Bernd Reuther / Maike Maier (macamoca Wesel)

Reuther, Bernd  
FDP



Jörg Cezanne  
© DBT/ Inga Haar

Cezanne, Jörg  
Die Linke



Sabine Leidig  
© Sabine Leidig / Uwe Steinert

Leidig, Sabine  
Die Linke



Ingrid Remmers  
© DBT/ Inga Haar

Remmers, Ingrid  
Die Linke



Andreas Wagner  
© DIE LINKE Bayern / Aline Müller

Wagner, Andreas  
Die Linke  
Obmann



Matthias Gastel  
© Matthias Gastel/Stefan Kaminski

Gastel, Matthias  
Bündnis 90/Die Grünen



Stefan Gelbhaar  
© Stefan Gelbhaar/ Marco Fechner

Gelbhaar, Stefan  
Bündnis 90/Die Grünen  
Obmann



© Stefan Kaminski

Kühn (Dresden), Stephan  
Bündnis 90/Die Grünen



Daniela Wagner  
© Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion/ Kaminski

Wagner, Daniela  
Bündnis 90/Die Grünen



Astrid Damerow  
© Astrid Damerow

Damerow, Astrid  
CDU/CSU



Thomas Erndl  
© Thomas Erndl/Petra Homeier

Erndl, Thomas  
CDU/CSU



Jens Koeppen  
© DBT/ Julia Nowak

Koeppen, Jens  
CDU/CSU



Ulrich Lange  
© Ulrich Lange/Cara Ina Wagner

Lange, Ulrich  
CDU/CSU



Patricia Lips  
© Patricia Lips/ Patrick Liste

Lips, Patricia  
CDU/CSU



Karsten Möring  
© DBT/ Thomas Trutschel

Möring, Karsten  
CDU/CSU



© Carsten Müller/Laurence Chaperon

Müller (Braunschweig), Carsten  
CDU/CSU



© Eckhardt Rehberg

Rehberg, Eckhardt  
CDU/CSU



© DBT / Inga Haar

Riebsamen, Lothar  
CDU/CSU



Torsten Schweiger  
© Torsten Schweiger

Schweiger, Torsten  
CDU/CSU



Stephan Stracke  
© Stephan Stracke/Marta Ifrim

Stracke, Stephan  
CDU/CSU



Dr. Hermann-Josef Tebroke  
© Dr. Hermann-Josef Tebroke/ Manfred Esser

Tebroke, Dr. Hermann-Josef  
CDU/CSU



Volkmar Vogel  
© Volkmar Vogel/Michael Täubert

Vogel (Kleinsaara), Volkmar  
CDU/CSU



Kai Wegner  
© Kai Wegner/Yves Sucksdorff

Wegner, Kai  
CDU/CSU



© Kai Whittaker/Steven Vangermain

Whittaker, Kai  
CDU/CSU



Sören Bartol  
© SPD-Parteivorstand/ Susie Knoll

Bartol, Sören  
SPD



Dr. Daniela de Ridder  
© Dr. Daniela De Ridder/Susie Knoll

De Ridder, Dr. Daniela  
SPD



Sebastian Hartmann  
© SPD Parteivorstand/Susie Knoll

Hartmann, Sebastian  
SPD



Thomas Hitschler  
© Thomas Hitschler / Reiner Voß

Hitschler, Thomas  
SPD



Ulli Nissen  
© SPD-Parteivorstand/ Susie Knoll

Nissen, Ulli  
SPD



Andreas Rimkus  
© SPD-Parteivorstand/ Benno Kraehahn

Rimkus, Andreas  
SPD



Bernd Rützel  
© Bernd Rützel/Susie Knoll

Rützel, Bernd  
SPD



Dr. Nils Schmid  
© Dr. Nils Schmid/SPD

Schmid, Dr. Nils  
SPD



© DBT

N.N.  
SPD



Marc Bernhard  
© Marc Bernhard

Bernhard, Marc  
AfD



Thomas Ehrhorn  
© DBT/ Julia Nowak

Ehrhorn, Thomas  
AfD



Enrico Komning  
© DBT/ Achim Melde

Komning, Enrico  
AfD



Dr. Rainer Kraft  
© Rainer Kraft/Florian Jäger

Kraft, Dr. Rainer  
AfD



Uwe Schulz  
© Uwe Schulz/Jürgen Schwalb

Schulz, Uwe  
AfD



Dr. Heiko Wildberg  
© DBT/Stella von Saldern

Wildberg, Dr. Heiko  
AfD



Katja Hessel  
© Katja Hessel/ Frank Boxler

Hessel, Katja  
FDP



Dr. Gero Hocker  
© Dr. Gero Hocker/ Laurence Chaperon

Hocker, Dr. Gero Clemens  
FDP



Alexander Müller  
© Alexander Müller/ FDP Hessen

Müller, Alexander  
FDP



Christian Sauter  
© Christian Sauter/Stefan Huben

Sauter, Christian  
FDP



Frank Sitta  
© DBT/Stella von Saldern

Sitta, Frank  
FDP



Anke Domscheit-Berg  
© DIE LINKE/ Jürgen Angelow

Domscheit-Berg, Anke  
Die Linke



© DBT/Haar

Lenkert, Ralph  
Die Linke



© Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Lutze, Thomas  
Die Linke



Pia Zimmermann  
© Pia Zimmermann

Zimmermann, Pia  
Die Linke



© DBT / Renate Blanke

Krischer, Oliver  
Bündnis 90/Die Grünen



Ingrid Nestle  
© Deutscher Bundestag/ Inga Haar

Nestle, Dr. Ingrid  
Bündnis 90/Die Grünen



© Markus Tressel / Maurice Etoile

Tressel, Markus  
Bündnis 90/Die Grünen

---

## Dokumente

| Veröffentlichung | Thema                                | Dokumentname   | Dokumenttyp  |
|------------------|--------------------------------------|--|--------------|
| 23. Oktober 2019 |                                      | <b>Wortprotokoll der 50. Sitzung</b><br>PDF   8 MB   | Download     |
| 21. Oktober 2019 | Verkehr<br>Digitale<br>Infrastruktur | <b>53. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Oktober 2019, 9.00 Uhr - 1. Tagesordnung<br/>Ergänzungsmitteilung</b><br>PDF   88 KB |              |
| 17. Oktober 2019 | Verkehr<br>Digitale<br>Infrastruktur | <b>54. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Oktober 2019, 15.30 Uhr -<br/>öffentlich</b><br>PDF   116 KB                         | Tagesordnung |
| 17. Oktober 2019 | Verkehr<br>Digitale<br>Infrastruktur | <b>53. Sitzung am Mittwoch, dem 23. Oktober 2019, 9.00 Uhr -<br/>nicht öffentlich</b><br>PDF   317 KB                    | Tagesordnung |
| 15. Oktober 2019 |                                      | <b>Allianz pro Schiene e.V.</b><br>PDF   1 MB  | Download     |
| 15. Oktober 2019 |                                      | <b>Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)</b><br>PDF   2 MB   | Download     |
| 11. Oktober 2019 |                                      | <b>Eisenbahn-Bundesamt</b><br>PDF   1 MB   | Download     |
| 11. Oktober 2019 |                                      | <b>Prof. Dr. Christian Böttger (HTW Berlin)</b><br>PDF   1 MB  | Download     |
| 10. Oktober 2019 | Verkehr<br>Digitale<br>Infrastruktur | <b>51. Sitzung am Mittwoch, dem 16. Oktober 2019, 9.00 Uhr -<br/>nicht öffentlich</b><br>PDF   323 KB                    | Tagesordnung |
| 9. Oktober 2019  |                                      | <b>Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.</b><br>PDF   1 MB   | Download     |

---

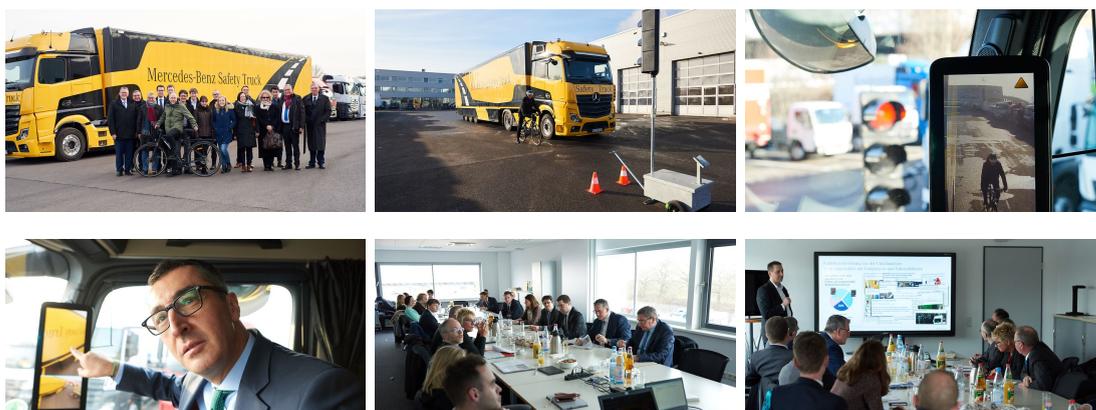
## Bildergalerien



### Bilder aus der Ausschussarbeit



### Vorführung Abbiegeassistent im Mercedes-Benz-Nutzfahrzeugzentrum am 30. Januar 2019



Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages  
<https://www.bundestag.de/verkehr>  
Stand: 29.10.2019